

Fluchtziel Kurdistan

Nicht erst seit den jüngsten Gefechten zwischen Verbänden der „Freien Syrischen Armee“ und der lokalen kurdischen Bevölkerung fliehen Menschen aus dem syrischen Teil Kurdistans in das kurdische Autonomiegebiet des Irak. Ein Lokalaugenschein aus dem Flüchtlingslager Domez.

Von Thomas Schmiedinger

Maher wartet im Flüchtlingslager Domez auf Nachrichten von seinen verhafteten Kameraden.



Maher war gerade im letzten Jahr seines Studiums an der Universität von Aleppo, als er zur syrischen Armee einberufen wurde. Der junge Kurde aus Qamishli hoffte damals, nach den 18 Monaten, die Studierende in der syrischen Armee dienen müssen, sein Studium der Geologie beenden zu können. Doch dann entwickelten sich die Proteste gegen das arabisch-nationalistische Baath-Regime unter Präsident Bashar al-Assad zu einem Bürgerkrieg und die syrische Armee erlaubte ihren Rekruten nicht mehr die Armee zu verlassen. Nach Ende seines Wehrdienstes hieß es, dass er nun noch weitere sechs Monate in den Reihen der syrischen Armee kämpfen müsse. Aus einem Wehrdienst in Friedenszeiten war dabei längst ein Kriegseinsatz gegen die Einheiten der Opposition geworden. „Als sie mir sagten, dass ich noch weitere sechs Monate kämpfen muss, bin ich desertiert. Ich wollte nicht gegen meine eigenen Verwandten kämpfen!“, erzählt Maher. Nach seiner Flucht verschleppte

der Geheimdienst seine besten Freunde – beide Araber. Als ihre Familien beim Geheimdienst nach ihnen fragten, wurde ihnen gesagt, sie sollten das Fragen einstellen, weil sie andernfalls ebenso mitgenommen werden würden. Seither wartet Maher im Flüchtlingslager Domez auf Nachrichten von seinen verhafteten Kameraden.

Flüchtlingsansturm

Das Lager Domez wurde am 4. April 2012 rund fünfzig Kilometer nordwestlich von Mossul, am Rande des kurdischen Autonomiegebietes des Irak, um ein ehemaliges Militärcamp der irakischen Armee errichtet. Der Boden musste erst entmint werden. Seither kamen nach Angaben der von der Kurdischen Regionalregierung gestellten Lagerverwaltung 3.600 Familien und 11.000 Einzelpersonen an, was von der Verwaltung auf ungefähr 27.000 Personen hochgerechnet wird. Wie viele heute tatsächlich hier sind, weiß allerdings niemand. Ein Teil der Familien zog mittlerweile zu Verwandten oder FreundInnen und versucht Arbeit zu finden.

Während einige Familien heute in Arbil oder Suleymania leben, wurden die Sicherheitskräfte der Kurdischen Regionalregierung (KRG) angewiesen, alleinstehende Männer in der Provinz Dohuk festzuhalten. Wenn Deserteure wie Maher in die kurdische Hauptstadt Arbil wollen, werden sie bei den Checkpoints der Peschmerga, der ehemaligen Guerilla der kurdischen Parteien, die heute als Sicherheitskräfte der KRG fungieren, aufgehalten.

Ahmed und Sirvan hatten noch vor einer Woche auf den Demonstrationen ihrer Heimatstadt Amude nach den Peschmerga gerufen. Jetzt lassen sie jene, nach denen sie riefen, nicht in Richtung Süden. „Wir hätten uns von den Peschmerga hier Unterstützung erwartet und nicht,

dass sie uns aufhalten, wenn wir in die Hauptstadt des freien Kurdistan wollen“, zeigt sich Sirvan enttäuscht. Tatsächlich scheint die KRG ihre wirtschaftlich boomende Hauptstadt wohl so gut wie möglich von den Flüchtlingen abschirmen zu wollen. Die BesucherInnen der „International Fair“, die dort zwischen dem 15. und 18. Oktober 2012 stattfand und bei der ausstellende Firmen \$°249 pro m² zahlten, bekamen von den Flüchtlingen nichts zu sehen. In der neuen Wirtschaftsmetropole des Irak sind zwar nepalesische Bauarbeiter, indische KellnerInnen und philippinische Hausmädchen allgegenwärtig – von den Flüchtlingen aus Syrien ist jedoch nichts zu sehen.

Lagerverwaltung

Die Peschmerga der KRG kontrollieren innerhalb Kurdistan auch die Außengrenzen des Irak. Sie sind es, mit denen die Flüchtlinge zuerst in Kontakt kommen. Wer sich nicht selbständig bis zum Lager durchschlägt, wird von den Peschmerga hierher gebracht. Täglich treffen neue Flüchtlinge ein, manchmal bis zu 500 an einem Tag. Obwohl sich die Lagerverwaltung der KRG und das UNHCR darum bemühen, möglichst viele neue Unterkünfte zu errichten, können sie mit diesem Ansturm nicht mithalten. Die Neuankömmlinge campieren deshalb zunächst unorganisiert vor dem eigentlichen Lager. Ihnen stehen nur notdürftige Zelte zur Verfügung. Im Camp selbst werden für die Familien laufend gemauerte Notunterkünfte errichtet. Diese sind allerdings nicht für die kalten Winter geeignet und so wird gerade ein weiteres Stück Land von Minen gesäubert und eingeebnet, um dort winterfeste Unterkünfte zu errichten. Ahmed Ayoub, der für das UNHCR die Lagerleitung unterstützt, ist zuversichtlich, dass die Unter-



Einen Massenansturm an Flüchtlingen kann die selbst erst im Aufbau befindliche Region allerdings nicht allein bewältigen.

künfte rechtzeitig für den Wintereinbruch fertig sein werden. Allerdings sei der Ansturm neuer Flüchtlinge kaum zu bewältigen. „Wir brauchen mehr internationale Hilfe. Die Kurdische Regionalregierung tut ihr Bestes, aber wenn täglich neue Flüchtlinge kommen sind die lokalen Behörden einfach überfordert.“

Resettlementprogramme führt das UNHCR derzeit keine durch. Die Flüchtlinge seien im kurdischen Autonomiegebiet willkommen und das UNHCR findet nicht einmal genug Plätze für die Aufnahme jener irakischen Flüchtlinge, die während des irakischen Bürgerkrieges nach Syrien geflohen und nun teilweise in den Irak zurückgekehrt sind oder sich unter die rund 300.000 Flüchtlinge in Jordanien und der Türkei mischen.

Haji Hachen von der Lagerleitung der KRG fühlt sich auch von der irakischen Regierung im Stich gelassen. „Das hat alles die KRG allein bezahlt. Bis jetzt ist von der Regierung in Bagdad noch überhaupt niemand hier aufgetaucht, geschweige denn, dass man uns unterstützt hätte.“ Auch

wenn das kurdische Autonomiegebiet formal weiterhin zum Irak gehört, hat sich hier in den letzten zwanzig Jahren ein de facto unabhängiger Parastaat entwickelt, der nur noch wenig mit dem restlichen Irak gemeinsam hat. Während die arabischen Landsleute, die während des Bürgerkrieges aus dem Süden in das weitgehend stabile Kurdistan geflohen waren, hier mit Skepsis aufgenommen wurden, wird die Ankunft der kurdischen Flüchtlinge aus Syrien durchaus als mit dem nationalen Projekt der irakischen KurdInnen kompatibel betrachtet.

Arabischer Nationalismus

Die irakischen KurdInnen, die selbst aufgrund der Verfolgungen des Regimes Saddam Husseins über viel Fluchterfahrungen verfügen, versuchen ihre Verwandten aus Syrien freundlich aufzunehmen. Einen Massenansturm an Flüchtlingen kann die selbst erst im Aufbau befindliche Region allerdings nicht allein bewältigen.

Viele irakische KurdInnen fühlen sich angesichts der Flüchtlinge aus Syrien an

ihre eigene Geschichte erinnert. Die lange Unterdrückung der kurdischen Minderheit in Syrien hat die gleichen ideologischen Ursprünge wie die Verfolgung der irakischen KurdInnen unter Saddam Hussein. Beide Regime basieren auf derselben arabisch-nationalistischen Ideologie. Beide gehörten unterschiedlichen und immer wieder bitter verfeindeten Fraktionen der gleichen Partei, der Arabisch-sozialistischen Baath-Partei, an. Während das irakische Baath-Regime in den späten 1980-er Jahren auf kurdische Aufstände mit der Anfal-Kampagne und den Giftgasangriffen auf Halabja und Dutzende andere kurdische Siedlungen und damit versuchte, kurdische Autonomiebestrebungen zu unterdrücken, setzte das syrische Baath-Regime auf eine autoritäre Assimilationspolitik. Bereits vor der endgültigen Machtergreifung der Baath-Partei wurde Syrien 1961 zur „Arabischen Republik“ erklärt. Ein Jahr später wurden im Zuge einer außerordentlichen Volkszählung 120.000 KurdInnen zu AusländerInnen erklärt und verloren damit alle staatsbürgerlichen Rechte.

1965 entschied die syrische Regierung mit dem Projekt des Arabischen Gürtels (al-hiz m al- arabi) entlang der Grenze zur Türkei zu beginnen. Seit den 1970er Jahren wurden in einem 300 Kilometer langen und zehn bis fünfzehn Kilometer breiten Streifen KurdInnen ab- und arabische BeduinInnen angesiedelt und diese Arabisierung betraf auch die Ortsnamen. Aus dem kurdischen Kobani wurde so Ain al-Arab, der Brunnen der Araber. Andere Städtenamen wurden nur der arabischen Aussprache angepasst. Kurdisch ist in Syrien bis heute weder Amts- noch Unterrichtssprache. Die Kinder lernen in der in Domez errichteten Schule erstmals ihre Muttersprache lesen und schreiben. LehrerInnen, die sich unter den Flüchtlingen befinden, unterrichten die Kinder das in Syrisch-Kurdistan gesprochene Kurmanci, wofür sie Unterrichtsmaterialien aus Irakisch-Kurdistan verwenden.

Kurdische Revolution in Syrien

Kurdische Proteste wurden in Syrien bislang brutal unterdrückt. Auf Grund dieser

Im Camp selbst werden für die Familien laufend gemauerte Notunterkünfte errichtet.



Erfahrungen zögerten die KurdInnen, sich den Protesten gegen das Regime anzuschließen. Seit dem Herbst 2011 ging die Bevölkerung aber auch in den kurdischen Enklaven verstärkt auf die Straße. Dabei verloren zwar die traditionellen kurdischen Oppositionsparteien teilweise an Einfluss, dafür bildete sich aber eine starke parteiunabhängige Jugend- und Basisbewegung. Vor allem in den westlichen Teilen des kurdischen Siedlungsgebietes übernahm zudem die Partei der Demokratischen Union (Partiya Yekitîya Demokrat, PYD), eine Schwesterpartei der türkisch-kurdischen Guerillabewegung PKK, de facto die Macht. Zunächst vom Regime geduldet, um die eigenen Kräfte für den Kampf gegen die arabischen Oppositionskräfte frei zu halten, fordert auch die PYD mittlerweile den Sturz des Regimes. Die Parallelstrukturen der PYD, die mit ihren bewaffneten Volksverteidigungskräften (YPG) und ihren „Volksgerichten“ in den von ihnen kontrollierten Gebieten de facto die Staatsgewalt ausübt, verschärften allerdings die Konflikte mit den alten kurdischen Oppositionsparteien, die im Kurdischen Nationalrat organisiert sind. Unter den kurdischen Flüchtlingen befürchten manche bereits, dass es in Syrisch-Kurdistan zu einem Bürgerkrieg unter den KurdInnen kommen könnte.

Mit der Unterzeichnung eines Abkommens zwischen der PYD und dem Kurdischen Nationalrat am 11. Juli 2012 und der Schaffung des Obersten Kurdischen Komitees besteht nun eine gemeinsame oberste Verwaltungsstruktur der kurdischen Parteien, die allerdings nicht die scharfe Rivalität zwischen der PYD und zumindest einigen der im Kurdischen Nationalrat vertretenen Parteien beendet hat. Während einige AktivistInnen der Parteien des Nationalrates der PYD vorwerfen, andere

Oppositionelle zu entführen, wirft die PYD wiederum einigen Parteien vor, gemeinsam mit westlichen Geheimdiensten, der KRG und der Türkei einen Komplott gegen die PYD zu schmieden. Der Kurdische Nationalrat selbst besitzt allerdings keine einheitliche Position gegenüber der PYD, was mit zur Marginalisierung der anderen Parteien beitragen dürfte. Von einer gewissen politischen Bedeutung innerhalb des Kurdischen Nationalrats ist v.a. die Demokratische Partei Kurdistans/Syriens (Partiya Demokrata Kurdistan a Sûriye, KDPS) aufgrund der Unterstützung von KRG-Präsident Barzani. Barzani ließ in den letzten Monaten auch einige Hundert Peshmerga des Kurdischen Nationalrats in der kurdischen Autonomieregion des Irak ausbilden. Ob diese mit oder gegen die Volksverteidigungskräfte der PYD kämpfen werden, wird wohl entscheidend für die Möglichkeit einer kurdischen Autonomieregion innerhalb Syriens werden.

Derzeit gehört das kurdische Gebiet zu den ruhigsten Gebieten in Syrien. Aus der rund 200.000 Einwohner zählenden Stadt Qamishli fliehen nicht nur DeserteurInnen in den Irak. Fast 50.000 Binnenflüchtlinge aus anderen Teilen Syriens suchten in den letzten Monaten Zuflucht in Qamishli, was angesichts der geschlossenen Grenze zur Türkei die ohnehin schon prekäre Versorgungslage in der Stadt weiter verschärfte. Qamishli gilt seit Jahrzehnten als das politische und kulturelle Zentrum Syrisch-Kurdistans. Die neben KurdInnen auch von ArmenierInnen und assyrischen ChristInnen bewohnte Stadt wäre wohl die logische Hauptstadt einer kurdischen Autonomieregion in Syrien. Der in Istanbul organisierte und von der Türkei unterstützte Syrische Nationalrat war bisher allerdings nicht bereit, den syrischen KurdInnen Zugeständnisse in Richtung



einer Autonomie zu machen. Ein Autonomiegebiet nach irakischem Vorbild müsste deshalb nicht nur gegen das Regime, sondern auch gegen einen großen Teil der arabischen Opposition erkämpft werden.

Zukunft mit Fragezeichen

Hussein aus Qamishli hat sich dem Militärdienst entzogen. Er hat mittlerweile in einem Cafe in der Nähe der Stadt Ahmedi östlich von Dohuk Arbeit gefunden. „Wenn Assad weg ist, bin ich am nächsten Tag wieder zu Hause!“, sagt er mit einer Bestimmtheit, die keinen Zweifel darüber aufkommen lässt, wo er seine Zukunft sieht. An einen Bürgerkrieg zwischen verschiedenen kurdischen Parteien glaubt er nicht. Die bewaffneten Einheiten, die derzeit mit Unterstützung Masud Barzanis, des Präsidenten der KRG, im Irak aufgebaut werden, würden sich sicher nicht gegen die PYD richten.

Ohne eine geeinte Vorgangsweise der rivalisierenden kurdischen Parteien würde es auch nach einem Sturz des Regimes sehr schwierig werden, sich eine gewisse Autonomie innerhalb Syriens zu erkämpfen. Der von der Türkei unterstützte Syri-

sche Nationalrat hat den KurdInnen bisher keinerlei Zugeständnisse bezüglich einer Autonomie nach dem Sturz Assads gemacht. Die zunehmende Dominanz radikaler salafitischer Gruppen in der bewaffneten arabischen Opposition könnte die KurdInnen vom Regen in die Traufe schwemmen.

Maher blickt nicht besonders optimistisch in die Zukunft. „In Aleppo kämpft die syrische Armee mittlerweile gegen al-Qaida. Wenn die gewinnen wird es für uns KurdInnen vielleicht noch schlimmer als unter Assad.“ An eine rasche Rückkehr nach Syrien glaubt er nicht. Sein Traum wäre vielmehr, irgendwo auf der Welt sein Studium beenden zu können. Eine Aufnahme in Europa ist für Flüchtlinge wie ihn derzeit allerdings noch utopischer als die Schaffung einer kurdischen Autonomieregion in einem demokratischen Syrien.

An eine rasche Rückkehr nach Syrien glaubt er nicht. Sein Traum wäre vielmehr, irgendwo auf der Welt sein Studium beenden zu können.

Thomas Schmidinger ist Lektor an der Universität Wien und der Fachhochschule Vorarlberg, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft zur Förderung der Kurdologie, Redaktionsmitglied der wissenschaftlichen Zeitschrift *Kurdische Studien* und Vorstandsmitglied der in Kurdistan aktiven Hilfsorganisation LeEZA. 2011 brachte er das Buch *Kurdistan im Wandel. Konflikte, Staatlichkeit, Gesellschaft und Religion zwischen Nahem Osten und Diaspora* heraus.